

DAMIT DER BUND EIN FAIRER UND FORTSCHRITTLICHER ARBEITGEBER BLEIBT

Ständerat verabschiedet revidiertes Bundespersonalgesetz

Der Ständerat hat am Dienstag Anpassungen beim Bundespersonalgesetz vorgenommen. In der Debatte überwog die Haltung, dass das Paket ausgewogen sei und nicht durch allzu starke Veränderungen gefährdet werden soll.

(sda) Das Bundespersonal soll künftig zu ähnlichen Bedingungen angestellt werden wie Arbeitnehmer in der Privatwirtschaft. Der Ständerat hat am Dienstag das Bundespersonalgesetz beraten und mehrheitlich im Sinne des Bundesrates verabschiedet.

Antrag Minder abgelehnt

Ein Rückweisungsantrag des parteilosen Thomas Minder (Schaffhausen) wurde mit 35 zu 2 Stimmen deutlich abgelehnt. Minder forderte, dass Arbeitszeiten, Ferien, Urlaubszeiten und Kündigungsfristen nicht vom Bundesrat, sondern vom Parlament bestimmt und damit im Gesetz geregelt werden.

Zahlreiche Ratsmitglieder warnten davor, das revidierte Bundespersonalgesetz (BPG) abzulehnen und auch davor, es zu stark abzuändern. Die Vorlage sei ein Kompromiss, erklärte Kommissionssprecher Robert Cramer (Genf, gp.).

Die Sozialpartner hätten einer Aufweichung des Kündigungsschutzes zugestimmt. Dafür schaffe das Gesetz eine Grundlage für den Elternurlaub und behalte die spezielle Regelung bei den IV-Renten bei. Ausserdem sei das revidierte BPG ohne Kostenfolgen.

Schritt halten

Paul Niederberger (Nidwalden, cvp.) warnte zudem vor einem überbeladenen Gesetz, das unflexibel mache. Mit der Angleichung des BPG an das Obligationenrecht (OR) könne der Bund rascher auf veränderte Bedingungen reagieren. Mit dem Gesetz werde der Bund als Arbeitgeber wettbewerbsfähiger und könne damit mit der Privatwirtschaft Schritt halten.

Und Fabio Abate (Tessin, fdp.) erinnerte daran, dass die Schweiz eines der liberalsten Bundespersonalgesetze Europas habe. Dabei behalte der Bund seine Vorbildfunktion als fairer, transparenter und ethisch verantwortlicher Arbeitgeber bei.

In Anlehnung an den Rückweisungsantrag von Minder verlangte die zuständige Kommission aber, dass der Bundesrat ihr die Ausführungsbestimmungen vorlegt.

Mehrsprachigkeit fördern

Die einzige gewichtige Differenz zum Bundesrat betrifft die Sprachbildung. So soll der Bund bei den höheren Kadern die aktiven Kenntnisse einer zweiten Amtssprache und die passiven Kenntnisse einer dritten Amtssprache fördern müssen. Dieser Vorschlag der Kommission wurde diskussionslos und einstimmig angenommen.

Diesen Willen bekräftigte der Ständerat zudem mit Annahme einer Motion der Staatspolitischen Kommission. Diese verlangt die Förderung der Mehrsprachigkeit. Gegen den Willen des Bundesrates stimmte die kleine Kammer für Massnahmen, damit Top-Kader eine zweite Amtssprache aktiv und eine dritte passiv beherrschen. Eine erforderliche Sprachausbildung muss der Arbeitgeber finanzieren.

Mehr Flexibilität bei Kündigungen

Wichtige Änderung zum bestehenden Gesetz ist weiter eine flexiblere Regelung bei der Auflösung von Arbeitsverhältnissen. Die Eidgenossenschaft als Arbeitgeber soll das Arbeitsverhältnis aber weiterhin nur aus «sachlich hinreichenden Gründen» kündigen dürfen.

Bei einer ungültigen Kündigung soll die betroffene Person künftig finanziell entschädigt statt weiterbeschäftigt werden. Eine Weiterbeschäftigung soll nur noch in besonderen Fällen möglich sein, etwa im Fall einer missbräuchlichen Kündigung. Schutz vor prekären Arbeitsbedingungen

Weiter dürfen befristete Arbeitsverhältnisse normalerweise für maximal drei Jahre geschlossen werden. Kettenarbeitsverträge gelten nach drei Jahren als unbefristete Anstellung. Der Bundesrat kann allerdings Ausnahmen vorsehen.

Entschädigung höchstens ein Jahreslohn

Der Ständerat hat im Gegensatz zum Vorschlag des Bundesrates eine maximale Kündigungsfrist ins Gesetz aufgenommen. Diese beträgt nach der Probezeit maximal sechs Monate. Entschädigungen bei Kündigung dürfen zudem höchstens einem Jahreslohn entsprechen. Ein Antrag von Minder, im Sinne der Abzockerei Abgangsentschädigungen zu verbieten und sie in Ausnahmefällen vom Parlament bewilligen zu lassen, scheiterte mit 35 zu 1 Stimme klar.

Neu trennte der Ständerat einen Artikel über die Vorsorge bei Invalidität auf und regelte Leistungen bei Berufsinvalidität separat. Damit trägt der Ständerat den Monopolberufen Rechnung, die Mitglieder des Grenzwachtkorps oder des Verteidigungsdepartementes zum Teil ausüben. Auf Antrag des Arbeitgebers können an diese Personen IV-Leistungen aus der Vorsorgeeinrichtung Publica entrichtet werden.

Motion sowie Gesetz gehen nun an den Nationalrat.

swissinfo.ch

13. März 2012 - 15:05

BUNDESPERSONAL SOLL LIBERALERE ANSTELLUNGSBEDINGUNGEN ERHALTEN

Das Bundespersonal soll künftig zu ähnlichen Bedingungen angestellt werden wie Arbeitnehmer in der Privatwirtschaft. Der Ständerat hat am Dienstag das Bundespersonalgesetz beraten und mehrheitlich im Sinne des Bundesrates verabschiedet.

Ein Rückweisungsantrag des parteilosen Thomas Minder (SH) wurde mit 35 zu 2 Stimmen deutlich abgelehnt. Minder forderte, dass Arbeitszeiten, Ferien, Urlaubszeiten und Kündigungsfristen nicht vom Bundesrat, sondern vom Parlament bestimmt und damit im Gesetz geregelt werden.

Zahlreiche Ratsmitglieder warnten davor, das revidierte Bundespersonalgesetz (BPG) abzulehnen und auch davor, es zu stark abzuändern. Die Vorlage sei ein Kompromiss, erklärte Kommissionssprecher Robert Cramer (Grüne/GE).

Die Sozialpartner hätten einer Aufweichung des Kündigungsschutzes zugestimmt. Dafür schaffe das Gesetz eine Grundlage für den Elternurlaub und behalte die spezielle Regelung bei den IV-Renten bei. Ausserdem sei das revidierte BPG ohne Kostenfolgen.

Mehrsprachigkeit fördern

Die einzige gewichtige Differenz zum Bundesrat betrifft die Sprachbildung. So soll der Bund bei den höheren Kadern die aktiven Kenntnisse einer zweiten Amtssprache und die passiven Kenntnisse einer dritten Amtssprache fördern müssen. Dieser Vorschlag der Kommission wurde diskussionslos und einstimmig angenommen.

Diesen Willen bekräftigte der Ständerat zudem mit Annahme einer Motion der Staatspolitischen Kommission. Diese verlangt die Förderung der Mehrsprachigkeit. Gegen den Willen des Bundesrates stimmte die kleine Kammer für Massnahmen, damit Top-Kader eine zweite Amtssprache aktiv und eine dritte passiv beherrschen. Eine erforderliche Sprachausbildung muss der Arbeitgeber finanzieren.

Wichtige Änderung zum bestehenden Gesetz ist weiter eine flexiblere Regelung bei der Auflösung von Arbeitsverhältnissen. Die Eidgenossenschaft als Arbeitgeber soll das Arbeitsverhältnis aber weiterhin nur aus "sachlich hinreichenden Gründen" kündigen dürfen.

Bei einer ungültigen Kündigung soll die betroffene Person künftig finanziell entschädigt statt weiterbeschäftigt werden. Eine Weiterbeschäftigung soll nur noch in besonderen Fällen möglich sein, etwa im Fall einer missbräuchlichen Kündigung.

Schutz vor prekären Arbeitsbedingungen

Weiter dürfen befristete Arbeitsverhältnisse normalerweise für maximal drei Jahre geschlossen werden. Kettenarbeitsverträge gelten nach drei Jahren als unbefristete Anstellung. Der Bundesrat kann allerdings Aus-

nahmen vorsehen.

Der Ständerat hat im Gegensatz zum Vorschlag des Bundesrates eine maximale Kündigungsfrist ins Gesetz aufgenommen. Diese beträgt nach der Probezeit maximal sechs Monate. Entschädigungen bei Kündigung dürfen zudem höchstens einem Jahreslohn entsprechen. Ein Antrag von Minder, im Sinne der Abzockerei Abgangsentschädigungen zu verbieten und sie in Ausnahmefällen vom Parlament bewilligen zu lassen, scheiterte mit 35 zu 1 Stimme klar.

Motion sowie Gesetz gehen nun an den Nationalrat.

sda-ats



Parlez-vous couramment l'Alain Morisod?

PLURILINGUISME À L'ÉPREUVE

La Confédération devra promouvoir activement le plurilinguisme dans l'Administration fédérale. Petit test amusant sur la Welsche connaissance auprès de trois parlementaires alémaniques qui osent le français

Par Xavier Alonso. Mis à jour le 13.03.2012 [26 Commentaires](#)

Les conseillers nationaux **Geri Müller** (Verts/AG) et **Hans Fehr** (UDC/ZH), tout comme le conseiller aux Etats **Félix Gutzwiller** (PLR/ZH) sont des Alémaniques bilingues. Si leur maîtrise de la langue de Molière diffère, tous trois n'hésitent jamais à se lancer et à parler en français. C'est une attitude de plus en plus rare dans les travées du Parlement.

La commission des institutions politiques a justement déposé un texte qui demande une promotion active du plurilinguisme au sein de l'Administration fédérale. Le **Conseil des Etats** l'a soutenue tacitement. Aussi la Confédération devra inciter les cadres supérieurs à pratiquer activement une deuxième langue officielle et avoir une connaissance passive d'une troisième.

Il y a quinze jours encore, la *Weltwoche* accusait les Romands d'être les Grecs de la Suisse à grands coups de clichés: peu portés sur le travail et davantage sur le vin blanc. Par ailleurs, des voix dans différents partis s'élèvent pour critiquer le faible niveau de Français de certains ténors alémaniques. A l'instar du Bernois Adrian Amstutz, le nouveau chef de groupe UDC, qui refuse de s'exprimer en français.

Bref, la cohésion nationale et la compréhension mutuelle ne vivent pas ses heures les plus glorieuses sous la Coupole fédérale. Pour Newsnet, Geri Müller, Hans Fehr et Félix Gutzwiller ont accepté d'évoquer leur relation au français. En trois questions amusantes, nous avons aussi testé leur connaissance des Welsches.

Qui est Lucien Favre? Qu'est-ce que le CERN et l'EPFL? Qui est Alain Morisod?

Résultat plutôt probant. Même si Alain Morisod est identifié comme un musicien populaire star en Suisse romande, il est le plus souvent pointé comme chanteur. Son piano ne se vexera pas pour autant! Le CERN et l'EPFL font carton plein. Lucien Favre, aussi, même si l'entraîneur vaudois du Borussia Mönchengladbach a été confondu avec un autre Favre. Laurent: conseiller national PLR neuchâtelois. Mais Geri Müller est formel: Laurent Favre est un très bon joueur de foot!

(Newsnet)

Administration fédérale

Les cadres devront mieux maîtriser les langues nationales

Le Conseil des Etats a inséré mardi cette précision dans le nouveau droit du personnel fédéral dont la révision est en chantier depuis sept ans.



La révision de la loi sur le personnel de la Confédération, qui facilite les résiliations des contrats, a été largement adoptée mardi au Conseil des Etats (photo).
Image: ARCHIVES/Keystone

Les cadres supérieurs de la Confédération doivent mieux maîtriser les langues nationales. Le **Conseil des Etats** a inséré mardi cette précision dans le nouveau droit du personnel fédéral. Les conditions de travail vont être quelque peu libéralisées. Le National doit encore se prononcer.

La révision de la loi sur le personnel de la Confédération, qui facilite les résiliations des contrats, a été adoptée par 29 voix contre 2. Dans tous les cas non réglementés, le code des obligations s'appliquera désormais, comme dans le privé.

Seuls l'indépendant Thomas Minder (SH) et l'UDC Peter Foehn (SZ) l'ont remise en question. Des paramètres comme les horaires de travail ou les délais de résiliation doivent être inscrits dans la loi et non dans une ordonnance d'exécution, ont-ils exigé. Mais leur proposition de renvoi a échoué.

Le droit du personnel est en chantier depuis sept ans, pas question de recommencer à zéro, a relevé Robert Cramer (Verts/GE) au nom de la commission. La flexibilité implique que des paramètres variables tels le temps de travail ou les salaires ne soient pas ancrés dans la loi. D'autant que celle-ci s'applique non seulement aux quelque 37'000 employés fédéraux, mais aussi aux collaborateurs d'entités comme les CFF ou les Ecoles polytechniques fédérales.

Congés et langues

Fruit d'un compromis avec les organisations du personnel, la loi ne se contente pas uniquement de libéraliser les conditions de travail, elle ancre aussi le congé paternité (aujourd'hui cinq jours). Des améliorations sont encore prévues dans le domaine de la prévoyance professionnelle, a noté la Eveline Widmer-Schlumpf.

La Confédération devra prendre des mesures pour promouvoir, chez les cadres supérieurs, la connaissance active d'une deuxième langue officielle et passive d'une troisième. Malgré la moue de la cheffe du Département des finances et du personnel, le Conseil des Etats a introduit cette disposition tacitement.

Pas de frein

Pour le reste, le Conseil des Etats a refusé toute modification. Les propositions de la gauche visant à freiner la libéralisation n'ont eu aucun écho. Ainsi, en cas de litiges liés aux rapports de travail, les recours n'auront un effet suspensif que si l'instance compétente l'ordonne.

Par 22 voix contre 10, la majorité a aussi renoncé à forcer la Confédération à proposer à l'employé un autre travail en cas de licenciement ne reposant pas sur des motifs objectifs suffisants.

Parachutes dorés

Mais la Chambre des cantons n'a pas voulu non plus s'attaquer aux indemnités de départ. Elle a balayé les tentatives visant à ne les accorder qu'à titre exceptionnel.

La Confédération n'a pas abusé de cette pratique, a assuré Urs Schwaller (PDC/FR). En 2009, deux indemnités ont été versées pour un total de 309'000 francs, alors qu'en 2010, onze ont été attribuées pour 1,6 million.

Pour les licenciements sans faute de l'employé, les sénateurs ont néanmoins tenu à régler les montants. L'indemnité devra osciller entre un salaire mensuel et un salaire annuel.

Enfin, malgré les critiques, la majorité n'a pas voulu supprimer la possibilité de verser des rentes d'invalidité aux frais de l'employeur même si l'AI ne reconnaît aucune invalidité. Seuls sept cas de ce type ont été enregistrés en trois ans et concernent des collaborateurs spécifiques des douanes ou de l'armée, selon Christine Egerszegi (PLR/AG). (ats/Newsnet)

CORRIERE DEL TICINO

CONFEDERAZIONE | POLITICA - 13 MAR 2012 13:29

PIÙ SFORZI PER IL PLURILINGUISMO

È quanto richiesto dal Consiglio degli Stati nell'amministrazione federale



Lo slogan di un convegno sul plurilinguismo di qualche anno fa (fotogonnella)

BERNA - Il **plurilinguismo** in seno all'amministrazione federale va promosso con maggior vigore rispetto a quanto si fa adesso. Lo pretende una mozione approvata oggi (19 voti a 14) dagli **Stati**, secondo la quale la **Confederazione** deve vegliare affinché i funzionari dirigenti padroneggino una seconda lingua ufficiale e passivamente una terza, finanziando se necessario in toto la formazione dei dipendenti stessi. Il dossier va al Nazionale.

La consigliera federale Eveline Widmer-Schlumpf ha dichiarato che il Governo si adopera già per raggiungere gli **obiettivi** perseguiti dalla mozione, in particolare per quanto riguarda l'equa rappresentanza linguistica nei Dipartimenti. Tuttavia - ha aggiunto - quest'atto della commissione delle istituzioni politiche va troppo lontano quando pretende che la **Confederazione** finanzia in toto la formazione dei suoi quadri, o conceda loro il tempo necessario per studiare.

Nel suo intervento - in tedesco -, Filippo **Lombardi** (PPD/TI) ha respinto l'argomento finanziario. Solo la metà dei dodici milioni messi a disposizione della **Confederazione** nel quadro della legge sulla lingue sono utilizzati: vi è quindi un margine di manovra sufficiente. Per il ticinese, nonostante qualche progresso, troppi quadri sono restii a promuovere le lingue minoritarie nei rispettivi settori di competenza.

swissinfo.ch

13 marzo 2012 - 14:44

CONSIGLIO DEGLI STATI: PLURILINGUISMO VA MAGGIORMENTE PROMOSSO

Il plurilinguismo in seno all'amministrazione federale va promosso con maggior vigore rispetto a quanto si fa adesso. Lo pretende una mozione approvata oggi (19 voti a 14) dagli Stati, secondo la quale la Confederazione deve vegliare affinché i funzionari dirigenti padroneggino una seconda lingua ufficiale e passivamente una terza, finanziando se necessario in toto la formazione dei dipendenti stessi. Il dossier va al Nazionale.

La consigliera federale Eveline Widmer-Schlumpf ha dichiarato che il Governo si adopera già per raggiungere gli obiettivi perseguiti dalla mozione, in particolare per quanto riguarda l'equa rappresentanza linguistica nei Dipartimenti.

Tuttavia - ha aggiunto - quest'atto della commissione delle istituzioni politiche va troppo lontano quando pretende che la Confederazione finanzi in toto la formazione dei suoi quadri, o conceda loro il tempo necessario per studiare.

Il Consiglio federale - quale datore di lavoro moderno - si attende invece che i suoi dipendenti si addossino almeno in parte l'onere di questa formazione, partecipando finanziariamente o mettendo a disposizione il proprio tempo libero.

Nel suo intervento - in tedesco -, Filippo Lombardi (PPD/TI) ha respinto l'argomento finanziario. Solo la metà dei dodici milioni messi a disposizione della Confederazione nel quadro della legge sulla lingue sono utilizzati: vi è quindi un margine di manovra sufficiente.

Per il Ticinese, nonostante qualche progresso, troppi quadri sono restii a promuovere le lingue minoritarie nei rispettivi settori di competenza. A detta del "senatore", i funzionari sono il biglietto da visita dell'amministrazione federale: è quindi doveroso che imparino le lingue nazionali affinché possano comunicare con tutti i cittadini.

Per Roland Eberle (UDC/TG) la mozione va troppo lontano. In genere, nel settore privato i datori di lavoro non finanziano questo tipo di formazione linguistica, che sovente si dà già per acquisita. Lombardi ha replicato che la Confederazione, rispetto ai privati, ha un ruolo istituzionale preciso che consiste nel favorire l'unità del Paese promuovendo le lingue minoritarie. Non si possono paragonare due ambiti così diversi.

sda-ats
